

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Schuldenerlaß für die ärmsten Länder

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1996) : Schuldenerlaß für die ärmsten Länder, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 10, pp. 500-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137393>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mühselige Verhandlungen und Abstimmungen vor und während der Jahrestagung von IWF und Weltbank haben den Weg freigemacht für einen von diesen Institutionen vorgeschlagenen Ansatz zur Senkung der Schuldenlast von 20 hochverschuldeten armen Entwicklungsländern. Mit Ausnahme von Bolivien, Myanmar und Nicaragua liegen die Länder alle in Afrika. Ziel der Initiative ist es, deren jährlichen Schuldendienst auf ein als tragbar angesehenes Niveau von nicht mehr als 20% bis 25% der Exporte zu reduzieren. In den nächsten Jahren sind dafür, sofern man sich hinsichtlich der Exportentwicklung dieser Länder nicht verschätzt hat, von IWF und Weltbank sowie von den übrigen Gläubigern insgesamt 5,6 Mrd. \$ bereitzustellen.

Es ist unbestritten, daß der gegenwärtige Schuldendienst für diese und andere arme Länder eine schwere Bürde ist. Uganda z.B., ein Land auf der Liste, das vermutlich als erstes für den neuen Entschuldungsansatz in Frage kommt, müßte 1996/97 Kreditrückzahlungen leisten, die pro Kopf der Bevölkerung gerechnet ein mehrfaches der Aufwendungen dieses Staates für die grundlegende Gesundheitsfürsorge ausmachen. Ebenso unbestritten ist jedoch, daß die Senkung der Belastungen nicht zwangsläufig den begünstigten Ländern die Prosperität beschert und die freigewordenen Beträge für die genannten oder andere soziale Dienste eingesetzt werden. Schwaches Wirtschaftsmanagement und mangelnder politischer Wille bei der Durchführung von Reformen sind für die prekäre Wirtschaftslage dieser Länder mindestens ebenso verantwortlich wie der Schuldendienst für die ohnehin konzessionären Kredite der internationalen Institutionen. Das ist in der Vergangenheit hinreichend belegt worden. Es ist daher bemerkenswert, wie großzügig mit dem Status der beiden multilateralen Institutionen umgegangen worden ist.



Manfred Holthus

Schuldenerlaß für die ärmsten Länder

Gemessen am Gegenwartswert ihres künftigen Schuldendienstes betragen die Verbindlichkeiten der begünstigten Staatengruppe Ende 1994 97 Mrd. \$. Fast drei Fünftel davon halten öffentliche Gläubiger, von denen viele, wie z.B. die Industrieländer, dem Pariser Club angehören. Mehr als ein weiteres Fünftel entfällt auf die multilateralen Institutionen, während private Kreditgeber nur mit 14% daran beteiligt sind. Das Hauptproblem bestand somit darin herauszufinden, wie die Kosten der geplanten Entlastung der armen Entwicklungsländer zwischen den staatlichen Gläubigern im Pariser Club und den Bretton-Woods-Institutionen verteilt werden konnten.

Da die Staatskassen der Industrieländer leer sind, weigerten sie sich, den Vorschlag von Weltbank und IWF anzunehmen, den vom Pariser Club bisher in den Neapel-Bedingungen ermöglichten Schuldenerlaß von 67% auf 90% zu erhöhen. Sie erklärten sich lediglich bereit, nunmehr Erleichterungen bis zu 80% der Schulden zu gewähren. Damit wurden 1,2 Mrd. \$ der Entschuldungskosten kurzerhand auf die beiden multilateralen Institutionen verschoben. Sie müssen diese Mittel zusätzlich zu den 2 Mrd. \$ aufbringen, die auch schon

im anderen Fall auf sie entfallen wären.

Doch die Beteiligung von IWF und Weltbank an der Entschuldungsinitiative ist auch schon ohne diese Verschiebung der Lasten nicht unproblematisch. Ihnen ist es verwehrt, auf die Rückzahlung der gewährten Kredite zu verzichten, wenn ihr Status als bevorzugte Gläubiger nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden soll. Bisher haben Weltbank und IWF einen Schuldenerlaß strikt abgelehnt. Nunmehr wird die Weltbank, beginnend mit zunächst 500 Mill. \$, aus ihren Gewinnen die benötigten Beträge in einen Fonds einzahlen, aus dem dann die Forderungen der Weltbankgruppe beglichen werden sollen, die den eigentlichen Schuldern erlassen werden.

Der Beitrag des IWF an der Entschuldungsinitiative wird über die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (ESAF) erfolgen, indem unter anderem die Rückzahlungsfristen entsprechend verlängert werden. Das reduziert die Verpflichtungen der Länder, ohne daß der IWF formell auf Forderungen verzichtet. Doch die dadurch entstehende Finanzierungslücke der ESAF galt es zu finanzieren. Zu diesem Zweck ist die ESAF, wie es hieß, auf eine permanente Basis gestellt worden, doch ist die Finanzierung weiterhin offen. Zwar ist vorgesehen, die Mittel der Fazilität durch besondere Beiträge einzelner Mitglieder des IWF aufzustocken, es ist jedoch unsicher, ob diese ausreichen, bis die Fazilität im Jahre 2004 durch Kapitalrückflüsse selbsttragend wird.

Spätestens dann wird der diesmal noch abgewendete Verkauf von Teilen der Goldreserven des IWF wieder zur Debatte stehen. Es ist zu befürchten, daß dann die Buchungstricks weitergehen, weil die „Eigentümer“ der Versuchung nicht mehr widerstehen können, die Goldquelle anzuzapfen, statt, wie es dem Status des IWF angemessen wäre, die Lücke mit eigenen Mitteln zu schließen.